

Ein Recht auf Stadt für alle.

**Für ein solidarisches,
soziales und ökologisches
Köln**

Die Linke



Inhalt

Einleitung	1
Ein „Recht auf Stadt“ für alle	4
Öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten!	5
Die Eigentumsfrage stellen!	5
Gegen Rechts – Umfassende Demokratie: Mehr echte Beteiligung und Mitentscheidung!	6
Ein klimaneutrales Köln!	7
Feministische Perspektive	8
Hilfe für Menschen in Not	9
Ohne Moos nichts los: Einnahmen stärken statt Kürzen!	11
Recht auf Wohnen: Leistbar und sicher wohnen	13
Recht auf Mobilität für alle: Vernetzt, emissionsarm, barrierefrei und unentgeltlich	17
Recht auf gutes Leben in allen Veedeln	20
Recht auf gute Gesundheitsversorgung: Kommunale Gesundheitszentren und Kliniken	22
Recht auf Bildung: Gut ausgestattet, solidarisch, inklusiv	24

Liebe Wähler*innen,

die Mitglieder der Die Linke. Köln haben ein Jahr lang viel Zeit in die Erarbeitung dieses Kommunalwahlprogramms gesteckt. Wir haben uns mit Initiativen, Vereinen und Verbänden ausgetauscht und viele Anregungen aufgenommen. Und wir haben im Rahmen von Haustürgesprächen Menschen in Chorweiler und Mülheim gefragt, ob unsere Themen richtig gewählt sind. Die positiven Reaktionen haben uns darin bestärkt, die Schwerpunkte dieses Kommunalwahlprogramms bei den Themen Wohnen und Verkehr zu setzen.

Nun liegt das Kommunalwahlprogramm vor und wir werben um Deine Stimme für eine starke Linke im nächsten Stadtrat. Deine Unterstützung ermöglicht uns, unsere Forderungen zu vertreten und Verbesserungen zu erreichen, die uns allen nützen.

Als sozialistische Partei sind wir Gegnerin des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Das drückt sich auch in diesem Kommunalwahlprogramm und in unserer widerständigen politischen Praxis aus.

Wir kämpfen für ein solidarisches, soziales und ökologisches Köln – und das natürlich nicht allein, sondern gemeinsam mit allen, denen Köln und ein gutes Leben für alle Kölner*innen¹ wichtig ist.

Unser Kommunalwahlprogramm beginnt mit dem Kapitel **Ein „Recht auf Stadt“ für alle**. In diesem Kapitel stehen die Grundsätze unseres Kommunalwahlprogramms. Wir erläutern das „Recht auf Stadt“ als Leitidee und unsere grundsätzlichen Forderungen:

- Öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten!
- Die Eigentumsfrage stellen!

1 Wir schreiben „Kölner*innen“, benutzen also den Genderstern. Dies tun wir, weil die Gesellschaft nicht nur aus Menschen besteht, die sich als Mann oder Frau definieren. Wir folgen damit auch einer Empfehlung des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes (DBSV): Die auch gebräuchlichen Doppelpunkte oder Unterstriche sind für sehbehinderte Menschen schlechter erkennbar als der Stern.

- Umfassende Demokratie: Mehr echte Beteiligung und Mitentscheidung!
- Ein klimaneutrales Köln!

Es folgen Kapitel zu den fünf Themen, die wir in den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit stellen:

- Recht auf Wohnen: Bezahlbar und sicher wohnen
- Recht auf Mobilität: Zuverlässig, verkehrssicher, barrierefrei und unentgeltlich
- Recht auf gutes Leben in allen Veedeln
- Recht auf gute Gesundheitsversorgung: Kommunale Gesundheitszentren und Kliniken
- Recht auf Bildung: Gut ausgestattet, solidarisch, inklusiv

Wir konzentrieren uns also auf einige wenige Themen. Wohnen und Verkehr sind nicht nur die Schwerpunkte in diesem Kommunalwahlprogramm, sondern auch in unserer politischen Arbeit der letzten Monate. Sie werden auch zukünftig die Schwerpunkte unserer Arbeit sein – sowohl in den Gremien des Rates der Stadt Köln als auch in unserer weiteren politischen Arbeit.

Zu den vielen anderen Themen, mit denen wir uns auch befassen, haben wir als **Ergänzung zu diesem Kommunalwahlprogramm** ausführliche Texte verfasst. Sie finden sich auf der Internetseite der Linken Köln und auf der Internetseite der Fraktion Die Linke im Kölner Rat.

Parallel zu den Kommunalwahlen wird auch der Integrationsrat gewählt. Wir unterstützen die Kandidatur der **Linken Internationalen Liste**. Informationen zu dieser Liste und ihrem Programm finden sich ebenfalls auf der Internetseite der Linken Köln und auf der Internetseite der Fraktion Die Linke im Kölner Rat.



DIE LINKE.

Politische Programme sind mitunter theoretische und trockene Lektüre. Es stellt sich unwillkürlich die Frage: Für wen ist dieses Programm eigentlich geschrieben? Und auf welche Probleme reagiert Die Linke mit ihrem Programm eigentlich?

Wir stellen vier Personen vor, an die wir uns mit diesem Programm wenden und auf deren Alltagsprobleme wir Antworten geben. Diese vier Personen sind keine real existierenden Menschen, aber viele einzelne Aspekte kennen wir aus eigenem Erleben.



Maria

Ist eine Frau, 32 Jahre alt, alleinerziehend und hat einen zwei Jahre alten Sohn. Sie wohnt in Chorweiler in einer Mietwohnung des börsennotierten Wohnungsunternehmens (Vonovia). Mit dem Vermieter gibt es immer wieder Ärger. Sie arbeitet als Angestellte. Ihr Arbeitsplatz ist in Raderthal.

Sie hat Glück: ihr Sohn hat einen Kindergartenplatz in Chorweiler. Nachdem sie ihn dort abgegeben hat, fährt sie mit der S-Bahn und einem Bus zur Arbeit. Sie ist mit der DB und der KVB unzufrieden, denn die S-Bahn fällt oft aus.



Ferat

Ist ein Mann, 46 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder (14 und 20 Jahre alt). Er wohnt in Buchforst einer Mietwohnung der GAG, arbeitet als Kfz-Mechatroniker bei einer großen Firma in Niehl und fährt mit dem Pkw zur Arbeit. Er ist gewerkschaftlich engagiert und Mitglied des Betriebsrates.



Salina

Ist eine Frau, 24 Jahre alt. Ihre Eltern sind aus der Türkei nach Köln gekommen, sie ist hier in Köln geboren und aufgewachsen. Sie hat keine Kinder, studiert an der Uni auf Lehramt. Ihre kleine Mietwohnung in Lindenthal gehört einem privaten Vermieter. Sie möchte schon seit längerem mit ihrem Freund zusammenziehen, sucht aber vergeblich eine bezahlbare Wohnung. In der Stadt fährt sie meistens mit dem Fahrrad.



Jan

Ist ein Mann, 68 Jahre alt, verheiratet. Er hat zwei Kinder und zwei Enkel. Der Rentner wohnt mit seiner Ehefrau in einer Eigentumswohnung in Neubrück. Da er kein Auto hat, ist er auf Busse und Bahnen angewiesen. Er ärgert sich über die schlechte Anbindung von Neubrück. Politisch engagiert er sich bei den „Grannies for Future“, weil er um die Zukunft seiner Kinder und Enkel besorgt ist.

Ein „Recht auf Stadt“ für alle

Im Mittelpunkt der herrschenden Politik steht nicht der Mensch, sondern der Profit. Reiche und Unternehmen werden von Steuern entlastet, während staatliche Leistungen gekürzt werden, die Infrastruktur verfällt und öffentliches Eigentum privatisiert wird.

Dies hat auch Folgen in Köln. Die sozialen Gegensätze sind offensichtlich: In Köln leben viele Millionär*innen, die große Geldvermögen, Unternehmen oder Mehrfamilienhäuser besitzen. Doch in Chorweiler, Finkenbergr, Seeberg, Lindweiler, Godorf und Ostheim sind über die Hälfte der Haushalte arm. Je mehr Kinder eine Familie hat, desto höher ist das Armutsrisiko: Zwei Drittel der kinderreichen Alleinerziehenden-Haushalte und ein Drittel der kinderreichen Paarhaushalte sind armutsgefährdet.

Auch Mieter*innen spüren den Druck, der aus der aktuellen politischen Situation entsteht: 45 % der Kölner Mieter*innenhaushalte mussten im Jahr 2023 mehr als 30 % ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Bruttokaltmiete aufbringen – dabei gilt die 30%-Marke als Obergrenze für eine noch tragbare Mietbelastung.

Die Linke ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Grund- und Menschenrechte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern verwirklicht sind.

Dazu brauchen wir Kölner*innen bezahlbare und ausreichend große Wohnungen, kostenlose Busse und Bahnen, die zuverlässig fahren und alle Stadtteile erreichen, eine gute und wohnortnahe Gesundheitsversorgung, Kindergärten und Schulen, die Kinder umfassend bilden und alle Talente fördern.

Um tatsächlich eine Politik durchzusetzen, die unseren Wünschen und Bedarfen verpflichtet ist, braucht es einen grundlegenden Politikwechsel.

Starke Gewerkschaften, eine aufmerksame und engagierte Bürger*innenschaft, kämpferische Bewegungen und Medien, die aufklären und informieren – das sind Voraussetzungen für diesen Politikwechsel.



Information

Der **Slogan „Recht auf Stadt“** wurde Ende der 1960er Jahre von dem französischen Philosophen Henri Lefebvre formuliert.

Er prangert Ausgrenzungen und Verdrängungen in den Städten an.

„Recht auf Stadt“ beschreibt auf radikale Weise den Anspruch auf Teilhabe und den Bruch mit der vorherrschenden kapitalistischen Verwertungslogik.

Das Ziel ist eine Stadt, die an den Bedürfnissen ihrer Bewohner*innen ausgerichtet ist.

Weltweit beziehen sich fortschrittliche Bewegungen auf diesen Slogan. Ihnen sind wir solidarisch verbunden.

Öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten!

Die Missstände sind für alle offensichtlich:

Die Mieten sind so stark gestiegen, dass es insbesondere für Geringverdienende und Familien zunehmend schwer bis unmöglich geworden ist, bezahlbare Wohnungen zu finden. Wer mit der KVB fährt, sieht sich einer Dauerkrise ausgeliefert: reduzierter Fahrplan, Verspätungen, kaputte Rolltreppen und Aufzüge. Viele können gar nicht mit der Stadtbahn fahren, weil es in ihrem Stadtteil keine Anbindung gibt. Auch die Qualität der medizinischen Versorgung hängt vom Einkommen und vom Wohnort ab. Und die soziale Herkunft entscheidet darüber mit, welchen Schulabschluss ein Kind macht.

... Die Liste ließe sich noch seitenlang fortsetzen. Jetzt rächt sich die dauerhafte Unterfinanzierung des Staates.

Wir Kölner*innen brauchen eine Stadt, die die öffentliche Daseinsvorsorge zuverlässig und im erforderlichen Umfang gewährleistet.

Weder die Verkehrs- noch die Energiewende sind ohne einen Umbau bestehender und den Bau neuer Infrastrukturen zu bewältigen. Auch das Gesundheits- und das Bildungssystem sind auf leistungsfähige Infrastrukturen angewiesen. Die Investitionsbedarfe sind also enorm. In den öffentlichen Haushalten fehlt jedoch das notwendige Geld, um diese Zukunftsaufgaben finanzieren zu können. Für die Wiedergewinnung öffentlicher Handlungsfähigkeit sind eine Abschaffung der Schuldenbremse und eine grundlegende Steuerreform erforderlich.

Die Eigentumsfrage stellen!

Die öffentliche Daseinsvorsorge darf man nicht den Marktprozessen überlassen. Sie zuverlässig und im erforderlichen Umfang zu gewährleisten, erfordert die Finanzierung, Planung, Ausführung und Unterhaltung durch öffentliche Akteure.

Die beste Kontrolle hat die Gesellschaft über Dinge, die ihr gehören. Eine Politik, in deren Mittelpunkt die Wünsche und Bedarfe der Kölner*innen stehen, lässt sich am besten umsetzen, wenn die Wohnungsunternehmen, die Verkehrsbetriebe, die Krankenhäuser, die Kindergärten und die Schulen in Eigentum und Trägerschaft der Stadt sind.

Doch das allein reicht nicht aus – was wir in Köln tagtäglich erleben: Die GAG Immobilien AG befindet sich mehrheitlich im Eigentum der Stadt und erhöht trotzdem teils drastisch die Miete und die Unzuverlässigkeit der KVB ist schon sprichwörtlich.

Im Verhältnis zu ihrer Leistung werden die Vorstände dieser Unternehmen viel zu gut bezahlt. Sie denken mitunter genauso wie die Vorstände privater Unternehmen und verlieren so die Bedarfe der Kölner*innen aus dem Blick.

Auch die Spitzen der Stadtverwaltung verhalten sich allzu oft, als sei Köln ein „Unternehmen“. Sie sprechen die Bürger*innen als „Kund*innen“ an und übersehen dabei, dass Demokratie und Gesellschaft andere Regeln haben als ein Wirtschaftsunternehmen.

Wir Kölner*innen haben einen Anspruch auf eine zuverlässig arbeitende Stadtverwaltung und bürgernahe Stadtwerke – und das dauerhaft und unabhängig von unserer Zahlungsfähigkeit.

Gegen Rechts – Umfassende Demokratie: Mehr echte Beteiligung und Mitentscheidung!

Gegen die Demokratie läuft ein Angriff von Rechts im ganzen Land. Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft stellen wir uns quer! Die Linke wird auch weiterhin im Kölner Stadtrat die engagierte Kraft gegen Rechtstextremismus sein.

Demokratie ist mehr als die Beteiligung an Wahlen für den Rat und die Parlamente. Demokratie lebt von starken Gewerkschaften, vom alltäglichen ehrenamtlichen Engagement in Initiativen, Vereinen, Verbänden und Parteien und von gesellschaftlichen Protesten gegen Missstände und für eine fortschrittliche Politik. Diesem Engagement werden oftmals Steine in den Weg gelegt, und allzu oft wird es nicht gewürdigt oder gar beachtet.

Und auch bei den Wahlen gibt es eine Schieflage: Während Menschen mit hohem Einkommen und hoher formaler Bildung in großer Zahl wählen gehen, gilt dies für diejenigen mit geringem Einkommen und einem niedrigen Bildungsgrad nicht mehr. Bei der Kommunalwahl 2020 reichte die Spannbreite der Wahlbeteiligung von über 65 % in Klettenberg, Sülz und Lindenthal bis zu weniger als 30 % in Chorweiler, Vingst, Finkenberg und Gremberghoven.

Das schwächt die Demokratie und trägt zur Benachteiligung der ärmeren Stadtteile bei. Denn die Politik orientiert sich an den Aktiven und Vernehmbaren, während diejenigen, die sich nicht zu Wort melden und ihr Wahlrecht nicht nutzen, oftmals übergangen werden.

Hinzu kommt, dass in den letztgenannten Stadtteilen viele Menschen leben, die gar kein Wahlrecht haben. Die Linke tritt für ein Wahlrecht auf allen Ebenen ein – auch für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die sich seit mindestens fünf Jahren in Deutschland aufhalten.

Findet eine Öffentlichkeitsbeteiligung statt, handelt es sich oftmals um Alibi-Beteiligungen. Vieles ist bereits vorentschieden, zu wenige und zudem nur bestimmte Kreise beteiligen sich und aus den Beteiligungen folgt zu wenig.

Wir Kölner*innen wissen selbst am besten, was für uns und unsere Stadt gut ist. Wir wollen bei den großen und kleinen Fragen der Entwicklung unserer Stadt gehört werden und auf Entscheidungen tatsächlich Einfluss nehmen können.

Ein klimaneutrales Köln!

Die Hochwasser an Ahr, Erft und Wupper im Juli 2021, die heißen Sommer 2018 und 2019 und der extrem niedrige Wasserstand des Rheins 2018 machen uns klar: Der Klimawandel ist keine graue Theorie, ist kein Phänomen, das nur ferne Länder betrifft. Auch hier in unserer Region spüren wir seine Folgen.

Es besteht also enormer Handlungsbedarf bei der Umsetzung von Maßnahmen für den Klimaschutz und die Klimaanpassung. In unserem eigenen Interesse, vor allem aber, weil wir für die zukünftigen Generationen Verantwortung tragen.

Wir Kölner*innen wollen in einer Stadt leben, die an den Klimawandel angepasst ist und die bis 2035 klimaneutral ist.

Die Klimakrise ist die soziale Krise des 21. Jahrhunderts. Die Menschen, die am wenigsten dazu beigetragen haben, leiden am meisten unter den Folgen. Es ist aber nicht nur der Klimawandel, der unsere Aufmerksamkeit erfordert. Insbesondere die Ärmere leiden unter Verkehrslärm und Luftverschmutzung, denn sie wohnen oftmals an stark befahrenen Straßen und in Stadtteilen mit wenig Grün. Sie wohnen auch häufig in schlecht gedämmten Häusern, müssen im Winter also viel heizen und im Sommer schwitzen.

Wir Kölner*innen setzen auf eine soziale Klima- und Umweltpolitik. Menschen mit wenig Geld müssen bei den erforderlichen Umstellungen hin zu einer klimawandelangepassten Stadt finanziell unterstützt und vor Überlastungen geschützt werden.

Wir setzen uns für eine sozial-ökologische Transformation der Betriebe in Köln ein: Wo heute Verbrenner-Autos vom Band laufen, sollen es morgen keine Panzer und Raketen, sondern Busse und Straßenbahnen sein!

Feministische Perspektive

Patriarchalische Herrschaftsstrukturen sind in unserer Gesellschaft keineswegs beseitigt. Von einer tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter sind wir weit entfernt.

Frauen sind, trotz wachsender Gleichberechtigung in den vergangenen Jahrzehnten, weiterhin stärker belastet als Männer. Frauen übernehmen in der Familie in höherem Maße die Kinderbetreuung und die Pflege der älteren Angehörigen. Das hat zur Folge, dass sie in geringerem Maße am Arbeitsmarkt teilnehmen und sie weniger Einkommen haben. Zudem sind fast ausschließlich Frauen alleinerziehend und auch deshalb häufiger von Armut betroffen.

Solange Frauen seltener in Leitungsfunktionen vertreten sind, werden Entscheidungen aus einer männlichen Perspektive und zum Nachteil der Frauen getroffen.

Doch nur durch mehr Frauen in Leitungspositionen allein durchbrechen wir noch nicht das System kapitalistischer Ausbeutung. Daher wollen wir die Organisierung von Frauen und die Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen in den Betrieben und in der Stadtgesellschaft aktiv unterstützen.

Wir nehmen bewusst eine feministische Perspektive ein. Wir wollen die Bedarfe und Wünsche von Frauen ansprechen und durchsetzen.

Das heißt für uns:

- feministischer Städtebau;
- Ausbau von Frauenhausplätzen;
- aktive Förderung von Frauenselbstorganisationen.

In Zeiten, in denen rechte Kräfte erstarken, ist eine feministische Politik notwendiger denn je. Feministische Politik bedeutet für uns auch, eine radikale Umverteilung des Reichtums, um prekäre Lebensverhältnisse, die viele Frauen und Queers in Deutschland besonders betreffen, zu überwinden.

Wir Kölner*innen stärken den feministischen Widerstand und verteidigen emanzipatorische Fortschritte: Wir kämpfen für die vollständige Gleichstellung von Frauen und Queers und verteidigen die bereits erkämpften Rechte gegen alle Versuche, diese zurückzudrängen.

Hilfe für Menschen in Not

Wir Kölner*innen stehen an der Seite derjenigen, die es besonders schwer haben, die tagtäglich Diskriminierung erfahren und ausgegrenzt werden, denen die dringend benötigte Hilfe nicht oder völlig unzureichend gewährt wird.

Köln: Sicherer Hafen für Geflüchtete

Köln hat sich zu einem humanitären Umgang mit Geflüchteten verpflichtet. Unser Ziel ist die schnelle Integration in die Stadtgesellschaft und in den Arbeitsmarkt.

Wir fordern:

- Die dauerhafte Beibehaltung und Verbesserung der Mindeststandards für die Unterbringung der Geflüchteten.
- Die Fortführung des Anonymen Krankenscheins, der Kölner Ombudsstelle für Flüchtlingsunterbringung sowie des Auszugsmanagements und die Weiterfinanzierung der Beratungsstellen für Geflüchtete und Menschen ohne Bleiberecht.
- Wir sind uns mit den Flüchtlingsorganisationen und den Wohlfahrtsverbänden einig: Eine Bezahlkarte ist diskriminierend und repressiv. Sie sollte in Köln nicht eingeführt werden.
- Fortführung der Ausländerrechtlichen Beratungskommission (eine örtliche

Härtefallkommission, die Geflüchteten eine Bleibe ermöglichen kann).

- Wir lassen niemanden allein: Das Kirchenasyl muss Bestand haben, dafür setzen wir uns gemeinsam mit der Kölner Zivilgesellschaft ein.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindern

Die Zahl der wohnungs- und obdachlosen Menschen in Köln steigt rapide, weil der Wohnraum knapp ist. Der Kölner Stadtrat hat zwar ein Konzept gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit beschlossen, stellt aber die notwendigen finanziellen Mittel nicht bereit.

Wir fordern:

- Die notwendigen Mittel für die Umsetzung des Konzeptes zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit müssen bereitgestellt werden.
- Wenn Menschen von Obdachlosigkeit bedroht sind und es keine geeigneten Ersatzwohnungen gibt, müssen Wohnungen – wie es das Ordnungsrecht ermöglicht – beschlagnahmt werden.
- Wir brauchen viel mehr Wohnungen, die nach dem „Housing-First-Ansatz“ (die Vermittlung von Normalwohnraum an Wohnungslose zu Beginn des Hilfeprozesses) vergeben werden.

Drogengebraucher*innen

Drogengebraucher*innen besitzen ebenso wie alle anderen Menschen ein Recht auf Menschenwürde. Sie müssen es nicht erst durch abstinentes und angepasstes Verhalten erwerben.

Wir fordern:

- Die Entkriminalisierung von Drogengebraucher*innen.
- Für die Konsument*innen von harten Drogen braucht es bedarfsdeckende Angebote zur Gesundheitsversorgung und -stabilisierung.
- Die Förderung von Beratungsstellen zur Risikominimierung und von Safer-Use-Angeboten wie Spritzentausch, Konsumräumen oder Drug-Checking.



Ohne Moos nichts los: Einnahmen stärken statt Kürzen!

Die Haushaltssituation ist dramatisch: Die Erträge der Stadt halten mit den Aufwendungen nicht Schritt. In den nächsten fünf Jahren werden jeweils Defizite von 350 bis 450 Mio. Euro erwartet. Das betrifft viele Kommunen, denn sie sind chronisch unterfinanziert.

An dieser strukturellen Schieflage können sie aus eigener Kraft nichts ändern. Ein Großteil ihrer Ausgaben und auch ihrer Einnahmen sind durch Bundes- und Landesgesetze festgelegt. Und den Kommunen werden immer wieder Aufgaben übertragen, ohne sie mit den finanziellen Mitteln dafür auszustatten.

Verantwortlich hierfür sind CDU, SPD, FDP und Grüne. Sie alle haben in den Bundes- und Landesregierungen eine Steuerpolitik betrieben, die Reiche und große Unternehmen systematisch begünstigt hat.

Die Kölner Ratspolitik stiehlt sich aus der Verantwortung

Das bisherige Bündnis aus Grünen, CDU und Volt hat zwar die sozialen Kürzungen im Frauen-, Flüchtlings- und Sportbereich Anfang 2025 nach zahlreichen Protesten gesellschaftlicher Akteure zurückgenommen. Doch Kürzungen, z. B. bei den kommunalen Eingliederungsleistungen und bei den Wohnungslosen, bleiben bestehen.

Hierfür hat das Bündnis Mittel innerhalb des Haushalts verschoben und damit an anderer Stelle gekürzt. Außerdem verdoppelt die Koalition die Gewinnabführung der GAG an den städtischen Haushalt. Damit entzieht sie dem Unternehmen Geld, das dringend für den sozialen Wohnungsbau gebraucht würde.

Das Bündnis hat dagegen keine Anstalten gemacht, die Einnahmen der Stadt Köln zu

verbessern. Insbesondere CDU und SPD wehren sich vehement gegen eine Erhöhung der Hebesätze der Gewerbesteuer, die seit über zehn Jahren unverändert geblieben ist. In zwei Jahren steht die Stadt daher wieder vor dem gleichen Problem.

Mit ihrer Weigerung, die Einnahmen zu stärken, hat die Koalition das Heft des politischen Handelns aus der Hand gegeben: Für 2026 hat die Kämmerei bereits Kürzungen über alle Bereiche des Haushalts angekündigt, den „Globalen Minderaufwand“. Darüber entscheidet dann nicht mehr die Politik, sondern die Finanzverwaltung allein. Zu welchen Kürzungen es hierdurch in welchen Bereichen kommt, ist nicht absehbar.

Die Probleme werden zunehmen, weil die geplanten Investitionen der Stadtwerke von 10 Mrd. Euro bis 2030 nicht finanziert sind und derzeit 400 Mio. Euro fehlen. Die Stadt muss Investitionen in die Mobilitätswende und in die KVB ermöglichen. Sonst wird das Angebot ausgedünnt.

Unsere Antwort: Einnahmen steigern!

Die Stadt Köln muss – wie auch alle anderen Kommunen – dazu in die Lage sein, dauerhaft und verlässlich ihre Aufgaben finanzieren zu können.

Die Möglichkeiten der Stadt Köln, ihre Einnahmen zu erhöhen, wollen wir ausschöpfen:

- Unternehmen sollen einen höheren Beitrag zur Finanzierung der öffentlichen Leistungen erbringen, da sie von diesen ja auch profitieren. Daher fordern wir eine Anhebung der Gewerbesteuer.

- Unternehmen versuchen, den Staat um Steuern zu prellen. Wir fordern ein schärferes Vorgehen gegen diese Betrüger*innen, indem die Stadt Köln den Finanzämtern weitere Betriebsprüfer*innen zur Verfügung stellt. Im Schnitt sorgt jede*r Betriebsprüfer*in für Mehreinnahmen von einer Million Euro.

Neben einer Steigerung der Einnahmen fordern wir auch den Verzicht auf Praktiken, die für private Unternehmen profitabel sind, aber die Stadt viel Geld kosten:

- Die Stadt gibt für Gutachten, Planungen und ähnliche Leistungen jährlich um die 100 Mio. Euro aus. Wir fordern, mehr Fachpersonal einzustellen, um auf teure externe Beauftragungen verzichten zu können.
- Wenn eine städtische Wohnungsbaugesellschaft für bezahlbare Wohnungen sorgt, könnte die Stadt bei den Kosten der Unterkunft sparen.

Wir fordern von Land und Bund:

- Die Wiederanhebung des kommunalen Anteils an den Steuereinnahmen des Landes von 23 % auf 28,5 %.
- Wer bestellt, bezahlt! Das Konnexitätsprinzip ist strikt einzuhalten: Wenn Bund oder Land die Kommunen mit einer Aufgabe betrauen, dann müssen sie ihnen auch die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung stellen.

Recht auf Wohnen: leistbar und sicher wohnen

So ist es:

Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit und schon immer ein zentrales Thema linker Politik. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und ein Menschenrecht. Jeder Mensch sollte ein Dach über dem Kopf haben und angemessen wohnen können, unabhängig vom Einkommen, egal ob arm oder reich.

Allerdings können sich immer weniger Kölner*innen die Stadt leisten! Die Mietpreise explodieren. Die hohen Mieten werden zum Armutsrisiko, insbesondere für Geringverdienende, Alleinerziehende und Senior*innen. Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte sowie Menschen mit Behinderungen haben auf dem Mietmarkt noch mit zusätzlichen Benachteiligungen zu kämpfen.

Wohnungen fehlen

Der wachsenden Bevölkerung und dem steigenden Bedarf an Wohnungen steht ein Rückgang an verfügbaren Wohnungen gegenüber. Es wird zunehmend schwer bis unmöglich in Köln bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die Zahl der jährlich angebotenen Wohnungen ist zwischen 2010 und 2022 um 57 % zurückgegangen.

Mieten sind zu hoch

Gleichzeitig sind die Mieten in bestehenden Mietverhältnissen zwischen 2016 und 2023 um rund 16 % gestiegen, bei Neuvermietungen um etwa 60 %. Im Durchschnitt werden heute Wohnungen für 13,40 Euro/qm angeboten, in beliebten Stadtteilen ist eine Miete von 20 Euro/qm keine Seltenheit mehr.

Die Miete sollte nicht mehr als 30 % des Nettoeinkommens betragen. Ein Drittel der Kölner Haushalte hat ein Nettoeinkommen von unter 2.000 Euro. Sie konnten sich im Jahr 2023 nur etwa 25 % des Wohnungsangebots leisten. Bei einem Nettoeinkommen von 1.000 Euro waren es sogar nur 1 %.

Der Bestand an gefördertem Wohnraum ist zwischen 2010 und 2022 um 16 % gesunken und beträgt im Jahr 2022 nur noch rund 44.400 Wohnungen. Nur 7 % der Wohnungen befinden sich in der Sozialbindung, obwohl fast die Hälfte aller Kölner*innen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein hat.

Verdrängung droht

Je beliebter ein Stadtteil wird und desto mehr Menschen dorthin ziehen, umso stärker und schneller steigen die Mieten. Es kommt zu Luxussanierungen und Eigenbedarfskündigungen sowie zu Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen. In angesagten Veedeln können sich viele Menschen die steigenden Mieten nicht mehr leisten und müssen häufig aus dem Stadtteil wegziehen.

Viele Wohnungen sind energetisch in einem schlechten Zustand

Der größte Teil der Wohnungen in Köln ist in den 1950er und 1960er Jahren gebaut worden. Viele dieser Wohnungen wurden nicht saniert und sind deswegen energetisch in einem schlechten Zustand. Das ist schlecht für die Umwelt, und schlecht für die Mieter*innen, die hohe Heizkosten zahlen.

So soll es werden:

Mit Wohnungen und Baugrund wird spekuliert

Viele Wohnungen befinden sich in der Hand börsennotierter Fonds. Diese kümmern sich nicht um den Zustand der Häuser. Das geht zu Lasten der Mieter*innen. Mit dem Baugrund wird spekuliert. Die Folgen kann man auf den ehemaligen Industrieflächen im Mülheimer Süden sehen: Sie wurden mit jeweils hohen Gewinnen von Spekulant zu Spekulant verkauft, ohne dass auch nur eine Wohnung gebaut wird.

Wohnungen stehen leer

Der Wohnungsleerstand wird aktuell auf etwa 14.000 Wohnungen geschätzt. Zudem werden viele Wohnungen für fremde Zwecke (für Büros und Tourismus) genutzt.

Schutzräume fehlen

Die verfügbaren Schutzräume für gewaltbetroffene Menschen reichen nicht aus. Es gibt derzeit nur zwei Frauenhäuser, ein drittes wird nach jahrelanger Planungszeit demnächst entstehen. Das reicht bei Weitem nicht, zumal die Gewalt gegen Frauen ständig zunimmt.

Wir wünschen uns in Köln Wiener Zustände: Die städtischen Wohnungsbauunternehmen und Genossenschaften versorgen den Großteil der Bevölkerung in allen Stadtteilen mit preiswerten und gut ausgestatteten Wohnungen.

Die Mieten sind leistbar und kein Haushalt muss mehr als 30% des Nettoeinkommens für die Miete aufbringen.

Die von Gentrifizierung „gefährdeten“ Gebiete stehen unter Milieuschutz, die Bewohner*innen sind vor Verdrängung geschützt.

Die Wohnungen werden energetisch saniert, und das bei gleichbleibender Warmmiete.

Bodenspekulation und Wohnungsleerstand sind erfolgreich eingedämmt.

So gelangen wir dorthin:

Ein kommunales Wohnungsbaunternehmen

Der Bestand an Wohnungen muss nachhaltig und sozial bewirtschaftet werden, nicht rein profitorientiert. Wohnungen müssen in öffentliche oder genossenschaftliche Hand gebracht werden. Wohnraum muss fair verteilt sein. Die GAG Immobilien AG und das Wohnungsversorgungsunternehmen des Stadtwerke Konzerns (WSK) bauen viel zu wenig Wohnungen. Die Privaten bauen nur, wenn es sich für sie finanziell lohnt. Wir sehen die Versorgung der Bevölkerung mit erschwinglichem Wohnraum als Daseinsvorsorge an. Deswegen fordern wir ein kommunales Wohnungsunternehmen, das ausschließlich preiswerte Mietwohnungen baut und diese im Bestand dauerhaft und preiswert hält.

Wir streben an, dass sich die Hälfte aller Kölner Mietwohnungen in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand befindet. Kein Haushalt muss dann mehr als 30 % des Einkommens für die Miete aufbringen.

Das kooperative Baulandmodell muss geändert werden: Der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen muss auf 75 % erhöht werden. Wohnfläche ist für gemeinschaftliches Wohnen für Menschen mit psychischer und/oder geistiger Behinderung anzubieten.

Mieten begrenzen

Bestehende „Schutzregelungen“, wie etwa die Mietpreisbremse, reichen nicht aus, um Mieten nachhaltig und effektiv einzudämmen. Zudem mangelt es hier an politischem Willen bei den anderen Parteien. Unsere zentrale Forderung ist daher: Mieten konsequent begrenzen!

Wir brauchen einen Mietspiegel, der den Mieter*innen wirklich zugutekommt und der Preisspirale nach oben etwas entgegensetzt. Die Linke fordert, dass sich der Mietspiegel künftig an den Bestandsmieten orientiert – statt an den neu abgeschlossenen Mietverträgen.

Gegen Mietwucher muss entschieden vorgegangen werden. Dafür wollen wir u. a. die Wohnungsaufsicht stärken.

Und wir brauchen einen bundesweiten Mietendeckel. Nur so kann unsere Vision, Mieten leistbar und stabil niedrig zu halten, erfüllt werden.

Soziale Erhaltungssatzung für 25 % der Einwohner*innen

Wir wollen Verdrängung verhindern. Die soziale Erhaltungssatzung soll für weitere Wohnquartiere ausgesprochen werden. Bauliche Anpassungen in Form von luxuriöser (unnötiger) Modernisierungen sind in diesen Gebieten genehmigungspflichtig. Verstöße müssen strenger geahndet werden. Das städtische Vorkaufsrecht muss genutzt werden. Damit die soziale Erhaltungssatzung kein zahloser Tiger ist, fordern wir die Landesregierung auf, die Satzung wieder um die Umwandlungsverordnung zu ergänzen. Mietwohnungen dürfen dann nicht mehr in Eigentumswohnungen umgewandelt werden.

Nur wenn die von Gentrifizierung gefährdeten Gebiete unter Milieuschutz stehen, können die dort lebenden Kölner*innen vor Verdrängung geschützt werden. Die Zusammensetzung der Bevölkerung in den einzelnen Stadtteilen ist nur so in ihrer Vielfalt geschützt.

Energetische Sanierung ohne Verdrängung

Wir fordern, dass alle Bestandhalter mindestens 5 % ihrer Wohnungen pro Jahr energetisch sanieren. Die Warmmiete darf nach der Sanierung nicht höher liegen als zuvor. Die Modernisierungsumlage wollen wir abschaffen. Es müssen mehr Fördermittel bereitgestellt und die Beantragung der Mittel erleichtert werden. Zudem muss es eine Sanierungspflicht für Gebäude geben, die in energetisch schlechtem Zustand sind.

Nur so können bis 2035 die Wohnungen bei gleichbleibender Warmmiete im erforderlichen Umfang energetisch saniert und ohne Ausstoß von Treibhausgasen geheizt und mit Strom versorgt werden.

Schutzräume schaffen

Wir fordern eine sichere Finanzierung weiterer Frauenhäuser sowie die Schaffung weiterer Schutzplätze für gewaltbetroffene Menschen.



Recht auf Mobilität für alle: Vernetzt, emissionsarm, barrierefrei und unentgeltlich

Mobil sein zu können ist eine Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Wie man mobil ist, ist aber sehr unterschiedlich und hängt u. a. von den persönlichen Finanzen, aber auch vom Alter oder vom Geschlecht ab.

Die Ansprüche und Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen sollen berücksichtigt werden. Es geht nicht an, das Autofahren laufend zu verteuern, ohne gute Alternativen anzubieten. Dafür benötigen wir eine Verkehrswende hin zu mehr und besserem Fußverkehr, ÖPNV und Radverkehr.

Köln will bis 2035 klimaneutral sein. Die Verkehrswende ist ein zentraler und dringend notwendiger Beitrag dazu.

KVB instand setzen

Wer mit der KVB fährt, sieht sich einer Dauerkrise ausgeliefert – mit reduziertem Fahrplan, Verspätungen, kaputten Rolltreppen und Aufzügen, mit Haltestellen, die für gehbehinderte Menschen unbenutzbar sind. Viele fahren gar nicht mit der Straßenbahn, weil es in ihrem Stadtteil keine gibt.

Die KVB instand zu setzen ist eine riesige Aufgabe. Köln braucht eine KVB, die zuverlässig fährt, auf die man nicht lange warten muss, die pünktlich kommt, die barrierefrei ist, die auch alle Stadtteile mit der Straßenbahn erreicht. Und die nicht zu teuer ist. DAS wäre dann einer Großstadt würdig.

100 km Schienennetz ausbauen

Köln hinkt beim Netzausbau extrem hinterher. In den letzten 20 Jahren sind oberirdisch nur 3,5 Schienenkilometer gebaut worden, weil man die Ressourcen auf das Großprojekt Nord-Süd-Bahn konzentriert hat.

Der Ausbau des Schienennetzes um 100 km ist erforderlich, um zahlreiche Vororte anzuschließen und den auswärtigen Pendelverkehr von der Straße zu bekommen.

Wir fordern:

- Schienenanschluss für folgende Stadtteile und Vororte: Blumenberg, Eil, Elsdorf, Esch/Auweiler, Feldkassel, Finkenberg, Flittard, Fühlingen, Gremberghoven, Grengel, Humboldt/Gremberg, Immendorf, Kreuzfeld, beide Langel (Kölner Norden und Porz-Langel), Libur, Lind, Lindweiler, Meschenich, Neubrück, Pesch, Rheinkassel, Roggendorf/Thenhoven, Rondorf, Stammheim, Sürth, Urbach, Volkhoven/Weiler, Wahn, Wahnheide, Weiß, Widdersdorf, Worringen.
- Weitere Park+Ride- und Bike+Ride-Angebote.
- Barrierefreier Zugang zur KVB an allen Haltestellen.
- Taktverdichtung statt 90m-Bahnen.
- Weitere Rheinbrücken, nicht nur als Rad-, und Fußbrücken, sondern auch Brücken für die KVB, welche den Rhein im Norden und Süden Kölns queren, damit nicht alle durch die Mitte fahren müssen. Das entlastet die Ost-West-Achse.
- Kostenlose KVB-Nutzung für Schüler*innen, Azubis und Studierende; nachhaltige Finanzierung des Deutschland-Tickets inklusive einem 9-Euro-Sozialticket; Absenkung des Preises bis hin zum Nulltarif wie in Luxemburg.

Sichere Rad- und Fußwege

Für den Schienenausbau soll die Stadt ein Investitionsprogramm von 2,5 Mrd. Euro auflegen und Bundes- und Landesmittel einwerben. Zusätzlich bietet eine Nahverkehrs-Abgabe für größere Betriebe weitere Finanzierungsmöglichkeiten.

Hände weg vom Tunnelprojekt!

- Ein Teil der Ausbaupläne ist auch bereits in Planung oder beschlossen. Doch sie sollen verschoben werden. Denn Verwaltung, KVB-Management, CDU, SPD und FDP priorisieren ausschließlich das Milliarden schwere Vorhaben, die Innenstadt auf der OWA zu untertunneln.
- Ein Tunnelbau unter der Innenstadt würde alle Ressourcen auf Jahrzehnte binden und die KVB-Krise verewigen.
- Fördermittel für den Ausbau der KVB in der Fläche bringt viel mehr Nutzen als ein milliardenschweres Großprojekt in der City. Wir sagen: Hände weg von weiteren Tunnelprojekten in Köln. Gelder und knappes Personal müssen für den raschen oberirdischen Ausbau der KVB priorisiert werden.

Wer zu Fuß geht oder gar mit einem Kinderwagen unterwegs ist, wer einen Rollator oder einen Rollstuhl benutzt, findet in Köln häufig den Weg versperrt. Verkehrsschilder oder Parkautomaten, abgestellte E-Roller oder Werbetafeln und auch Außengastronomie engen manchmal den Weg ein.

Wer mit dem Rad fährt, riskiert auf etlichen Straßen seine Gesundheit oder findet sich häufig auf unzumutbaren Radwegen wieder.

Gute Bedingungen für den *Fußverkehr* zu schaffen bedeutet, den öffentlichen Raum zu einem angenehmen Ort zu machen. Orte, die zum Verweilen einladen, mit Abstand zum Lärm und der Unruhe des Autoverkehrs, führen dazu, dass man gerne längere Wege zu Fuß zurücklegt.

Es müssen ausreichend Flächen freigehalten und vor anderen Ansprüchen geschützt werden. Ziel sollte es sein, dass z. B. zwei Menschen mit Kinderwagen einander passieren können, also dass der Weg mindestens 2,50 m breit ist. Wo viel Betrieb ist, z. B. in den zentralen Bereichen der Bezirke, muss entsprechend mehr Platz sein.

Sicherheit hat Priorität, daher sollen Fußverkehr und Radverkehr getrennt werden.

Mehr Sicherheit auf dem *Fahrrad* bietet eine weitgehende Entflechtung sowohl vom Autoverkehr als auch vom Fußverkehr, wie sie an der erfolgreichen Umgestaltung der Kölner Ringe zu sehen ist. Alle Verkehrsteilnehmer*innen profitieren davon. Wir sehen das als Vorbild für ganz Köln.

Es soll möglich werden, längere Wege mit dem Rad sicher und flott zurückzulegen, also z. B. aus dem Umland nach Köln mit dem Rad einzupendeln.

Wir fordern:

- Verkehrsraum umverteilen – mehr Platz für Fahrrad, Fußverkehr und ÖPNV!
- Innenstadt und Veedelszentren sollen autofrei werden. Für Liefer- und Ladeverkehr sollen auf den bisherigen Parkstreifen Ladezonen entstehen. Die Einfahrten für Handwerker und Gehbehinderte bleiben erhalten.
- Innerstädtischen Verkehr entschleunigen: Tempo 30 im ganzen Stadtgebiet reduziert Unfälle, Lärm und Abgase.
- Öffentlicher Raum muss ein Ort sein, an dem man sich gerne aufhält. Schattenspendende Bäume, Brunnen oder Bänke, die eine Pause ermöglichen, tragen dazu bei.
- Gehwege sollen weitgehend von anderen Nutzungen freigehalten werden. Das Parken von PKW, E-Rollern und Rädern gehört auf die Parkplätze auf der Straße.
- Eine eigene Fachstelle für Fußverkehr in der Stadtverwaltung mit mindestens vier Fachleuten.
- Vordringliche Umsetzung des (existierenden) Konzeptes für Fahrrad-Pendler Routen ins Umland; Radschnellweg von Ehrenfeld über Nippes nach Mülheim entlang des Gürtels verwirklichen.
- Schneller Ausbau von Fuß- und Radwegen auf den bestehenden Brücken; Bau von weiteren Rheinbrücken, die als Bahn-, Rad-, und Fußbrücken gestaltet sind.

Recht auf gutes Leben in allen Veedeln

So ist es:

Die Lebensverhältnisse in Köln sind extrem unterschiedlich. So gibt es Stadtteile, in denen nur 1 % der Bewohner*innen Sozialleistungen beziehen, und andere Stadtteile, in denen fast die Hälfte der Bewohner*innen Leistungen beziehen. Oft treffen in diesen Stadtteilen mehrere Belastungen zusammen und verstärken sich: Es wohnen viele Haushalte in zu kleinen Wohnungen, die Anbindung mit Bussen und Bahnen ist schlecht, die Gesundheitsversorgung ist lückenhaft und es fehlen Kitas und Schulen. Die Stadtverwaltung nennt diese Stadtteile zu Recht „benachteiligt“.

In Köln wird viel Geld für die Interessen des herrschenden Kölner Bürgertums und den Tourismus ausgegeben. Die Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz ist das krassste Beispiel. Hier fließt viel Geld, während die Veedel vernachlässigt werden.

So soll es werden:

Mit dieser Situation finden wir uns nicht ab. Wir kämpfen für einen grundlegenden Politikwechsel. Unser Ziel ist ein gutes Leben in allen Veedeln.

Bezahlbare und ausreichend große Wohnungen, die gute Anbindung mit Bussen und Bahnen, eine gute Gesundheitsversorgung und das Vorhandensein guter Kitas und Schulen darf ebenso wenig vom Wohnort abhängen, wie die gesellschaftliche Teilhabe und der Zugang zu Grün- und Freiflächen.

Und so gelangen wir dorthin:

Die benachteiligten Stadtteile und ihre Bewohner*innen stehen im Mittelpunkt der kommunalen Politik. Es gilt der Grundsatz: Die Lebensverhältnisse lassen sich nur dann stärker angleichen, wenn man Ungleiches ungleich fördert. Dort, wo die Benachteiligungen am größten sind, muss am meisten geholfen werden.

Wir fordern:

- Die öffentliche Infrastruktur wird zuerst in benachteiligten Stadtteilen saniert und erweitert.
- Die Stadt muss dazu beitragen, dass die Menschen in bezahlbaren und guten Wohnungen und in einem attraktiven Wohnumfeld leben können.
- Die benachteiligten Stadtteile müssen vorrangig einen Schienenanschluss oder wenigstens eine gute Busverbindung erhalten.
- Dort, wo Menschen mit wenig Geld leben, müssen die besten Arztpraxen, Kitas und Schulen vorhanden sein.
- Die Selbstorganisation der Bewohner*innen der benachteiligten Stadtteile muss unterstützt werden, ihre Teilhabemöglichkeiten müssen erweitert werden.
- Es müssen Hilfestellungen bei der Bewältigung des Lebensalltags gegeben werden. Dazu trägt bei, dass in jedem dieser benachteiligten Stadtteile Anlauf- und Beratungsstellen vorhanden sind.

Dazu trägt das **Programm „Lebenswerte Veedel - Bürger*innen- und Sozialraumorientierung in Köln“** bei. Das Programm umfasst 15 Wohngebiete, in denen 300.000 Menschen leben. Sie werden zwar besonders gefördert, das reicht aber bei weitem nicht aus.

Wir fordern:

- Das Programm soll auf weitere Stadtteile ausgeweitet werden.
- Keine Kürzungen bei den Angeboten in diesen Stadtteilen. Ganz im Gegenteil: Die finanziellen Mittel sollen deutlich erhöht werden
- Zeitlich befristete Projekte sollen durch eine langfristige Förderung abgelöst werden.



Recht auf gute Gesundheitsversorgung: kommunale Gesundheitszentren und Kliniken

So ist es:

Über Jahrzehnte hinweg haben frühere Regierungen in Bund und Land dafür gesorgt, dass Kliniken rote Zahlen schreiben. Die Bundesländer, die bisher für den Bau, Unterhalt und Investitionen zuständig sind, haben ihren Versorgungsauftrag nicht erfüllt und dringend nötige Investitionen massiv vernachlässigt. Auf Bundesebene wurde die Finanzierung der laufenden Kosten für die Behandlung vom Kostenerstattungsverfahren auf sogenannte Fallpauschalen umgestellt. Liegezeitverkürzung und Fallzahlerhöhungen waren die Folge. Bei Entscheidungen über Behandlungen wurde nicht mehr nach medizinisch notwendigen Kriterien geschaut, sondern danach, was sich gewinnbringend abrechnen lässt. Erreicht ein Krankenhaus die vorgegebene Gewinnzone nicht, sind Insolvenzen und Schließungen oder Privatisierungen die Folge.

Kurz vor ihrem Ende hat die Ampelkoalition im Bund – aber auch die schwarz-grüne Landesregierung in NRW – noch die Weichen für die Konzentration auf wenige Krankenhäuser gestellt, die dazu stärker auf bestimmte Leistungen spezialisiert sind.

Auch in Köln muss die Stadt Geld für die drei städtischen Krankenhäuser zuschießen. Die Klinik in Holweide und das Kinderkrankenhaus an der Amsterdamer Straße sollen nun aufgegeben, die Grundstücke an Investoren verschербelt werden. Damit wäre der Stadtbezirk Mülheim ohne stationäre Versorgung, obwohl er stetig wächst und dort viele arme Menschen wohnen. Die ohnehin schlechte kinderärztliche Versorgung im Stadtbezirk Chorweiler würde damit noch schlechter.

Gesundheit hängt maßgeblich von den gesellschaftlichen Verhältnissen ab, in denen Menschen leben. Die Lebenserwartung von armen Menschen ist deutlich geringer als die von reichen. Weil ihre Arbeitsbedingungen belastender sind. Weil sie in schlechteren Wohnverhältnissen leben. Weil ihre Stadtviertel meistens dichter bebaut sind, es dort weniger Grünflächen und Spielplätze gibt, sie mehr Verkehrslärm und -abgasen ausgesetzt sind. Weil sie sich gesundheitsfördernde Angebote nicht leisten können und darüber schlechter informiert sind. Außerdem hat das Bundesgesundheitsministerium eine Militarisierung des Gesundheitswesens angekündigt. Um die Versorgung von Soldat*innen im Kriegsfall sicherzustellen, soll die Bevölkerung nachrangig behandelt werden.

So soll es werden:

Darum muss die Gesundheitsversorgung da besonders gut sein, wo von Armut betroffene Menschen wohnen. Für diese Menschen wollen wir die Wege in das Gesundheitssystem erleichtern.

Durch die Einrichtung kommunaler Gesundheitszentren soll eine wohnortnahe und permanent erreichbare Gesundheitsversorgung gewährleistet werden. Dies würde auch die Notaufnahmen in den Krankenhäusern entlasten.

In diesen Zentren sollen Ärzt*innen und nichtärztliche Therapeut*innen, Pflegefachpersonal und Sozialarbeiter*innen u. a. angesiedelt werden. Kurze Wege und Wartezeiten und ein multiprofessioneller Blick auf die Menschen verbessern die Gesundheitsversorgung. Zusätzlich wird, z. B. durch vermehrte Sport- und Bildungsangebote

in Kitas, Schulen und Altenheimen, die Gesundheitsförderung gestärkt. Denn: Gesund bleiben ist immer besser als krank werden.

Solche Versorgungszentren, die in den Veedeln verankert sind, kombiniert mit kollektivem Leben, wo Menschen miteinander im Austausch sind, führen zu einer Wiederbelebung einer breiteren Gesundheitsbewegung. Diese Bewegung kann Druck auf die Politik ausüben, damit Gesundheitsversorgung sich wieder an den Bedarfen der Menschen orientiert. Die Vernetzung mit anderen Angeboten im Veedel (z. B. Sozialberatung) schärft den Blick für krankmachende Lebensumstände.

Und so gelangen wir dort hin:

Wir fordern:

- Die Stadt Köln muss zunächst systematisch ermitteln: Wo leben Menschen unter besonders belastenden Lebensbedingungen? Wo besteht eine medizinische Unterversorgung?
- Für alle Angebote sollen Ansprechpartner*innen in den Sprachen der größten Migrant*innengruppen im Veedel einbezogen werden. Zudem sollen Räume für Selbsthilfeangebote und einen gemeinsamen Austausch zur Verfügung stehen.

- Insbesondere in den Stadtteilen, in denen entsprechender Bedarf ermittelt wird, muss die Stadt kommunale Gesundheitszentren mit den jeweils notwendigen Versorgungsleistungen einrichten und betreiben. Hierzu soll die Stadt kassenärztliche Sitze aufkaufen. Wenn bereits gemeinnützige Strukturen bestehen, können diese ggf. auch die Trägerschaft übernehmen.
- Den Gesundheitszentren sollen Bildungs- und Beratungsangebote angegliedert sein, die sich an den Interessen und Bedürfnissen der Bewohner*innen der jeweiligen Stadtteile orientieren. Die Gesundheitszentren sollen mit den in den Stadtteilen bestehenden Institutionen (Schulen, Kitas, Altenheime) vernetzt sein.
- Für die Krankenhausversorgung sollen weiterhin alle drei Standorte der städtischen Kliniken als vollwertige Klinikstandorte erhalten bleiben.

Recht auf Bildung: Gut ausgestattet, solidarisch, inklusiv

So ist es:

Die soziale Herkunft entscheidet in Deutschland viel zu oft darüber, welchen Schulabschluss ein Kind macht. Das Bildungswesen von der Kita bis zur Schule verstärkt die Spaltung der Gesellschaft. Stadtrat und Verwaltung müssen mehr als bisher tun, um dies zu ändern. Sie müssen bei Bund und Land deutlich hörbar mehr Geld für Bildung und für die Kommunen fordern.

So soll es werden:

Wir möchten, dass Kinder aller sozialen Schichten im Stadtteil gemeinsam gute öffentliche Kitas und die „Eine Schule für alle“ besuchen. Wir wollen keine Schulen, in denen deutschstämmige Kinder unter sich bleiben oder Schulen in ärmeren Stadtvierteln, die von Eltern der Mittel- und Oberschicht gemieden werden. Wir beginnen damit, dass überall im Stadtgebiet wohnortnah Gesamtschulen erreichbar sind.

Das Bildungswesen soll alle Kinder individuell fördern und solidarisch in Gruppen und Projekten lernen lassen. Es braucht kleinere Klassen, mehr Personal und Lernmittel, oft auch bessere Gebäude. Die Kinder sollen gut gebildete, selbstbewusste, emanzipierte und demokratisch aktive Menschen werden.

Und so gelangen wir dort hin:

Ausbau von städtischen Kitas, mehr Personal, gebührenfrei, verlässlich

Kitas sind ein wichtiger Bildungsort für Kinder und eine zentrale Infrastruktur für Familien und Alleinerziehende. In Köln fehlen tausende Kitaplätze für Kinder unter drei Jahren. Aus Kostengründen setzt die Stadt beim Ausbau von Kitas auf private Investoren und auf die Tagespflege.

Meist wünschen sich Eltern für ihr Kind aber einen Kitaplatz, wie die Elternbefragung der Stadt zeigte. Und die Betreuungszeiten müssen wieder ungekürzt und verlässlich umgesetzt werden.

Wir fordern:

- Mangel an Fachpersonal in Kitas wirksam bekämpfen: Höherer Lohn für Fachkräfte und bessere Arbeitsbedingungen (siehe Kita-Report des DGB).
- Ein Wohnheim für Erzieher*innen in Ausbildung, um bei den hohen Wohnungsmieten Auszubildende zu fördern; mehr praxisintegrierte Klassen für Erzieher*innen an Berufskollegs.
- Abschaffung der Kitagebühren; sofort Gebühren bis zu einem jährlichen Haushaltseinkommen von 37.000 Euro streichen.

- Unentgeltliches Mittagessen, schmackhaft, frisch gekocht aus regionalen Produkten; sofort die kürzliche Erhöhung des Essensgeldes in städtischen Kitas zurücknehmen.
- Im ersten Schritt stabile, verlässliche Öffnungszeiten, dann längere Öffnung an Werktagen und in den Ferien einführen.
- Ausbauprogramm für städtische Kitas: 7000 Kitaplätze für Kinder unter drei Jahren in fünf Jahren – städtisch gebaut, zuerst in Stadtteilen im Rechtsrheinischen und im Kölner Norden, wo der Mangel am größten ist.

Umbauprogramm 2035: 50% + x an Gesamtschulen!

Die Schulen verstärken soziale Ungleichheiten, anstatt sie auszugleichen. Ursache dafür ist auch die frühe Aufteilung von Kindern auf unterschiedliche Schulformen. Studien belegen, dass Gesamtschulen soziale Unterschiede stärker ausgleichen. Sie sind inklusiv. Sie kommen unserer Vorstellung von „Einer Schule für alle“ am nächsten.

Immer mehr Familien meldeten ihr Kind in den letzten 15 Jahren an Kölner Gesamtschulen an. Viel zu viele bekamen dort jedoch keinen Platz. An Haupt- und Realschulen blieben dagegen z. B. im Frühjahr 2024 etwa tausend Plätze unbesetzt. Eltern und Kinder wählen heute anders.

Noch immer gibt es in Köln zu wenige Gesamtschulen. Sie sind ungleichmäßig über die Stadt verteilt. Mehr Eltern und Kinder als bisher würden eine Gesamtschule wählen, wenn es sie wohnortnah gäbe.

Wir fordern:

- Die Beschlüsse der Bezirksvertretungen für fünf neue Gesamtschulen schnell mit Priorität umsetzen: in Neubrück, Humboldt-Gremberg, Junkersdorf (am Salzburger Weg), eine weitere im Bezirk Porz und im Bezirk Nippes.
- Der Rat beschließt das Ziel „50 % + x“: Mehr als die Hälfte der Schüler*innen an weiterführenden Schulen sollen bis 2035 eine Gesamtschule besuchen können (aktuell: 28 %). Die Entscheidung im Rat soll von breiter öffentlicher Diskussion und Bürgerbeteiligung begleitet sein. Das Konzept wird schrittweise umgesetzt, in dem Maß, wie die Anmeldungen an Gesamtschulen parallel zum Ausbau auch steigen.

Bessere Lernbedingungen an Grundschulen, weiterführenden Schulen, Berufskollegs

Viele Schulen haben nicht genügend Personal, (digitale) Lernmaterialien und Räume. Das verschlechtert die Lernbedingungen für alle, insbesondere aber für Schüler*innen aus Familien ohne akademischen Hintergrund oder mit weniger Einkommen. Hier fehlen oft die Möglichkeiten für private Nachhilfe, ein eigenes Zimmer und Unterstützung für Kinder beim häuslichen Üben.

Mehr Grundschulfamilienzentren werden als Orte der Begegnung und Beratung für Kinder und Eltern gebraucht.

Wir fordern:

- Mehr Investitionen in den Ausbau des Offenen Ganztags (OGS) an Grundschulen: Bau von Schulkantinen und OGS-Gruppenräumen beschleunigen; bessere Bezahlung (nach Tarif des Öffentlichen Dienstes) und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im OGS; perspektivisch soll der Ganztags gebunden sein, wie an Gesamtschulen.
- Mehr Grundschulfamilienzentren gründen, bezahlt aus dem Haushalt der Stadt.
- Die Kostenerstattung für den ersten Schultag für Eltern mit Köln-Pass erhöhen.
- Mindestens eine Stelle für Sozialarbeit in allen Schulen auf jeweils 400 Schüler*innen; Stellen für Schulpsycholog*innen vor Ort in den Schulen.
- Sanierung von maroden Schulen und Berufskollegs verstärken; Neugründung von Gesamtschulen, Gymnasien, Berufskollegs nach Bedarf; alle zusätzlich eingerichteten Klassen (Mehrklassen) schnell beenden.
- Beginn dieser Maßnahmen in den Stadtteilen, wo Schulen unter erschwerten Bedingungen arbeiten und Personalmangel haben.

Bauen und Sanieren von Gebäuden: Mit mehr Personal geht es schneller

Über Jahrzehnte wurden Kitas und Schulen nicht genügend saniert oder neu gegründet, um Kosten zu sparen. Deshalb gibt es hier nun zu wenig Plätze. Der Aufenthalt in Gebäuden ist oft unzumutbar.

Die Bauabteilung der Stadtverwaltung könnte schneller sanieren und bauen, wenn sie mehr technisches Personal hätte.

Wir fordern:

- Den Personalmangel bei der städtischen Gebäudewirtschaft wirksamer als bisher bekämpfen: Gehälter erhöhen und Aufstiegschancen verbessern.
- Gezielt und vorausschauend Grundstücke für Bildung ankaufen, damit die Stadt nicht von Investoren und ÖPP (Öffentlich-private Partnerschaften) abhängig ist und Schulgebäude sich im öffentlichen Eigentum befinden.

Impressum

Herausgeber
Die Linke Kreisverband Köln
50674 Köln
www.die-linke-koeln.de

Stand
Mai 2025

Gestaltung
Nikolai Arnaudov, 50672 Köln

Bildnachweis

Die Linke Köln / Berthold Bronisz / Titelseite, S. 2, S. 16, S. 21

Diese Publikation wird vom Kreisverband Köln der Partei Die Linke herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.